

Sonstige Beschlüsse
des 33. NRW-Tages der Jungen Union
am 30./31. August 2002
in Rheine



Beschluss 1

Der Ausstieg aus dem Ausstieg - Sichere Energie für Deutschland

"Die Junge Union NRW spricht sich dafür aus, dass der Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie rückgängig gemacht wird, bis ausreichend regenerative Energiequellen oder neue Technologien zur Verfügung stehen. Nur ein Mix aus möglichst vielen Energieträgern gewährleistet eine möglichst hohe Versorgungssicherheit. Dazu gehören fossile und regenerative Energieträger, aber ebenso die Kernenergie. Sie ist nicht nur unter Klimaschutzgesichtspunkten, sondern auch für die Grundlastsicherung der Energieversorgung unverzichtbar.

Trotz der seit dem 11. September gestiegenen Risiken für Kernkraftwerke und der nach wie vor nicht vollständig geklärten Entsorgungsproblematik stellt die friedliche Nutzung der Kernenergie einen wichtigen Bestandteil der deutschen Energieversorgung dar.

In Anbetracht der Vorräte an Kernbrennstoffen weist dieser Energieträger die gleiche Sicherheit vor Versorgungsstörungen wie die Steinkohle auf. Dieser Aspekt gewinnt vor dem Hintergrund der Nahost- Krise und des Krieges gegen den Terrorismus zunehmend an Bedeutung.

Der Anteil der Kernenergie an der allgemeinen Stromversorgung (Einspeisung ins Netz) in Deutschland betrug 2001 33,5 %. Im so genannten Grundlastbereich (Stromversorgung rund um die Uhr) liegt die Einspeisung bei 57%, was die Kernenergie zu der Stütze dieses Grundlastbereiches macht.

Gerade in Hinblick auf das in Kyoto und Bonn beschlossene Protokoll zum Klimaschutz ist es wichtig, dass der CO₂ Ausstoß weiter verringert wird, was bei einem Ausstieg allerdings kaum realisierbar ist. Durch die Kernenergie wurden im Jahr 2001 rund 170 Mio. Tonnen CO₂, die bei der Gewinnung derselben Energiemenge mit Steinkohle angefallen wären, vermieden. Das entspricht den jährlichen Gesamtemissionen des deutschen Straßenverkehrs. Gerade mit den angestrebten Zielen des Klimaschutzes begründet Finnland den Bau eines neuen Kernkraftwerks, obwohl der Anteil der Stromgewinnung aus regenerativen Energien dort 27% beträgt.

Es darf nicht sein, dass auf deutscher Seite die sichersten, leistungsstärksten und modernsten Kernkraftwerke vom Netz gehen, während gerade in Osteuropa unsichere Kraftwerke weiterhin existieren und unter Umständen Strom nach Deutschland exportieren.

Der mit einem Ausstieg verbundene Verlust an "Know How" und Forschungspotenzial wäre untragbar für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gleichzeitig sinkt die Einflussmöglichkeit bei der Festsetzung von internationalen Sicherheitsstandards.

Gerade in Hinblick auf die zukünftige Nutzung von Kernenergie, wie zum Beispiel die Kernfusionstechnik, ist es unverzichtbar, dass auch weiterhin Nuklearanlagen in Deutschland betrieben werden.

Gleichzeitig muss aber auch der Schutz dieser Anlagen intensiviert sowie eine endgültige Lösung zur Entsorgung von genutzten Brennelementen gefunden werden.

Castortransporte müssen konsequent durchgeführt werden. Radikale Gruppierungen dürfen ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht dafür missbrauchen, den reibungslosen Ablauf dieser Transporte zu behindern. Konsequentes Durchgreifen der Polizei muss hier selbstverständlich sein, da sich die Deeskalationstaktik nicht bewährt hat. Gleichzeitig müssen Gewalttäter mit allen Mitteln des Rechtsstaates zur Verantwortung gezogen werden.

Außer Deutschland, Belgien und Schweden hat kein weiterer Staat in Europa den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Ein deutscher Ausstieg würde die Sicherheit der Bevölkerung somit nicht erhöhen.

Erst im Mai 2002 hat das finnische Parlament einer Entscheidung der finnischen Regierung bestätigt hat, wonach ein fünfter Reaktorblock in dem skandinavischen Land errichtet wird. Die von der Rot-Grünen Regierung beabsichtigte Vorbildwirkung eines deutschen Ausstieges ist somit nicht eingetreten.

Die fehlenden Strommengen könnten zwar durch den Import französischen Atomstroms ausgeglichen werden. Dies würde aber die deutsche Leistungsbilanz mit einem zweistelligen Milliardenbetrag belasten.

Auch NRW als Sitz vieler Stromkonzerne hätte die negativen Folgen des Ausstieges mitzutragen. Ein "Ausstieg aus dem Ausstieg" ist also nicht nur gesamtwirtschaftlich wichtig, sondern vor allem im Interesse der Menschen unseres Landes!

Die JU NRW wird zudem einen entsprechenden Antrag an den kommenden Deutschlandtag der Jungen Union stellen."

Beschluss 2

Unterstützung für die Stadt Rheine

Die Stadt Rheine ist die im Rahmen der Bundeswehrstrukturreform am stärksten von Standortschließungen betroffene Kommune in Deutschland. Es fallen ca. 2700 Dienstposten weg, insbesondere beim Logistikregiment in der Kaserne Gellendorf, bei der Standortverwaltung, durch die Auflösung des Jagdgeschwader JG 72 „Westfalen“ und die geplante Auflösung des Fluglehrzentrums F-4F im Jahr 2006.

Berücksichtigt man, dass gerade erst viele Millionen Euro in den Standort Rheine investiert wurden und das nach Meinung vieler Fachleute ein Jagdgeschwader zur Luftsicherung für den mitteldeutschen Raum, insbesondere vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohungsszenarien, unabdingbar ist, erscheinen diese Maßnahmen um so fragwürdiger..

Ähnliche Stationierungsentscheidungen im Münsterland legen den Verdacht nahe, dass es hier eher um parteipolitische denn sicherheitspolitische Motivation geht und dass eine ganze Region abgestraft werden soll, frei nach dem Kanzlerwort: „Wählt mich erst mal, bevor ich was für Euch tue.“

Weitere Entscheidungen der letzten Monate wie das plötzliche und unerwartete Aus für die in ihrer Planung weitestgehend abgeschlossene Regionale Landesgartenausstellung 2004 in Rheine oder das Hau-Ruck-Verfahren, mit dem eine Übergangs-Forensik in Rheine installiert werden soll, unterstreichen diesen Verdacht.

Die Junge Union NRW und fordert daher Landes- und Bundesregierung auf

- die endgültige Standortschließung am Militärflugplatz Rheine/Hopsten zum Jahr 2006 zu überprüfen. Mit der neu gegebenen Sicherheitslage spielt das sog. „Air Policing“ eine wichtige Rolle. Mit dem Ballungsraum Ruhrgebiet und weiteren schützenswerten Anlagen in der näheren Umgebung (Atomkraftwerk Lingen) ist für den mitteldeutschen Luftraum ein Jagdgeschwader notwendig. Dies kann nach 2006 auch eine Eurofighter-Einheit sein.
- verstärkte Unterstützung bei den Konversions-Bemühungen in Rheine zu geben. Die geplanten Erlöse des Bundesverteidigungsministeriums für die Liegenschaften sind ebenso unrealistisch hoch wie hinderlich für eine sinnvolle städtebauliche Verwertung. Auch finanzielle Unterstützung über Gutachten hinaus bei Projekten zur Umnutzung ist erforderlich.
- Für mehr Transparenz bei Entscheidungen wie die Schließung von Bundeswehrstandorten oder der Einrichtung von forensischen Kliniken zu sorgen. Die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Kommunalpolitik haben ein Anrecht darauf, dass solche Entscheidungen aus rein sachpolitischen Erwägungen getroffen werden und dass die Entscheidungskriterien anschließend transparent gemacht werden.